

# Land schnürt Wohn- und Arbeitspakt

Schwarz-grüne Landesregierung startet mit Klausur ins neue Jahr. Angespannter Arbeits- und Wohnungsmarkt stehen im Mittelpunkt. Tirol will 25 Mio. Euro zusätzlich vom Bund für die Wohnbauförderung anzapfen.

Von Peter Nindler

**Innsbruck** – Die politischen Dauerbrenner wie Agrargeinschaften oder Tempo 100 in Verbindung mit dem sektoralen Lkw-Fahrverbot sind Alltagsarbeit für die Landesregierung. In ihrer heute in Gnadewald beginnenden zweitägigen Regierungsklausur wollen ÖVP und Grüne nicht nur Zeitpläne für die Novelle zum Agrargesetz sowie zur weiteren Vorgangsweise beim sektoralen Fahrverbot vorlegen, sondern auch Maßnahmenpakete schnüren. Dazu zählen leistbares Wohnen und Initiativen, um auf die steigenden Arbeitslosenzahlen zu reagieren.

23.800 Tiroler aktuell arbeitslos, die Arbeitslosenquote lag zuletzt bei 6,3 Prozent. 70 Millionen Euro gibt das Land 2014 für den Beschäftigungspakt Tirol aus. Ein besonderes Augenmerk

legt die Regierung deshalb auf Projekte gegen die Jugendarbeitslosigkeit und auf die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt. Für Beschäftigungsoffensiven sollen auch EU-Förderungen bzw. Kofinanzierungen aus arbeitsmarktpolitischen Schwerpunkten der EU ausgeschöpft werden.

Bei den Lebenshaltungskosten schlägt in Tirol vor allem der hohe Wohnungsaufwand zu Buche. 281,2 Mio. Euro stehen 2014 für die Wohnbauförderung zur Verfügung, dazu will das Land weitere rund 25 Millionen aus einer vom Bund aufgelegten Zusatzförderung von 276 Millionen Euro für den sozialen Wohnbau anzapfen. Verdichtete Bauweisen in den Dorfkernen (Ortskernrevitalisierung) werden hier angedacht. Und gemeinsam mit der Stadt Innsbruck dürf-



Die Rauchfangkehrer sollen der Landesregierung Glück fürs neue Jahr bringen, heute geht's in Klausur. Foto: Land Tirol

te erstmals ein Wohnbauvorhaben realisiert werden, bei dem man Infrastrukturen (Stellplätze) gemeinsam nutzt und so auf Besucherparkplätze verzichtet.

Die Regierung diskutiert außerdem über Zielvorga-

ben für Sanierungsraten zum Energiesparen. Bereits seit Oktober gibt es die verbesserte Rückzahlung für die Darlehensnehmer, noch bis Ende 2014 bietet die Wohnbauförderung die einkommensunabhängige Sanierungsoffen-

sive an. Auch die geforderte Zweckwidmung der Wohnbauförderungsmittel dürfte Thema der Regierungsklausur sein. Bei Zweckwidmung der Bundeszuschüsse könnten in Tirol 30 bis 50 Millionen Euro mehr in den sozialen Wohn-

bau fließen und jährlich bis zu 500 weitere Wohnungen errichtet werden.

Der Verfassungsdienst legt noch an der Agrarnovelle. Geplant ist, dass sie noch im Jänner in Begutachtung geschickt wird. Agrarreferent und Bauernbundobmann LHStv. Josef Geisler lässt noch zivilrechtliche Fragen abklären. Die Agrar West hat unterdessen eine Petition an den Petitionsausschuss des Landtags geschickt. Gefordert wird einmal mehr die historische Aufarbeitung des Gemeindeguts. Für jede endgültige Entscheidung der Agrarbehörde über die Änderung der Regulierungspläne, über eine Vermögensauseinandersetzung sowie eine Gemeindegutsfeststellung seien sämtliche Eigentumsnachweise rechtlich und historisch zu würdigen, verlangt der Obmann der Agrar West Toni Riser.



Knaus will auch im Zillertal Rettungsflüge durchführen. Einen Landeplatz hat er nicht, das Land überlegt jetzt ein Disponierungsverbot. Foto: Dähling

## Knaus wirbelt Ausschreibung auf

Die Regierung berät über die Flugrettung und könnte sie jetzt europaweit ausschreiben.

**Innsbruck** – Der Helistreit im Zillertal dürfte endgültig zur Neuordnung der Flugrettung in Tirol führen. Der Bundesrechnungshof hatte immer wieder kritisiert, dass zu viele Rettungshubschrauber im Einsatz sind. Mit dem Medicopter von Roy Knaus im Zillertal sind es derzeit 16, die Anzahl könnte nach einer Ausschreibung auf zwölf reduziert werden.

Weil Knaus über keinen bewilligten Heliport im Zillertal für permanente Rettungsflüge verfügt, hat das Land ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet. Lediglich für Rettungseinsätze hat er eine Außenlandebewilligung, aber nicht für das permanente „Parken“ seines Helis im Zillertal. Dafür würde er einen

Heliport benötigen. Knaus hat jetzt sein zurückgezogenes Ansuchen für einen Landeplatz in Mayrhofen wieder zur Genehmigung eingereicht. Zwischenzeitlich lässt er seine Hubschrauber sogar in der Luft kreisen und wartet auf Aufträge für Rettungseinsätze von der Leitstelle. Rund 14 sollen es zuletzt gewesen sein.

Bei Sport- und Freizeitunfällen, die das Gros der Transporte darstellen, betragen die Kosten zwischen 2800 und 4000 Euro. Knaus rechnet nach Einsatzminuten ab, deshalb dürften seine Rechnungen höher sein. Diese muss entweder der Betroffene selbst berappen oder seine Versicherung. Einsätze in der Grundversorgung (interne Notfälle) werden ge-

nerell vom Land mit 650 Euro und von der Krankenkasse mit 950 Euro abgegolten.

Wegen der unbefriedigenden Situation mit Knaus gab es gestern mehrere Sitzungen im Landhaus. Für die Flugrettung hat er Standorte in Karres, Matrei in Osttirol und in Hochgurgl. Weil die Strafverfahren offenbar keine Wirkung zeigen, wird jetzt ein Disponierungsverbot für Knaus-Helikopter im Zillertal überlegt. Zuständig dafür ist die Leitstelle.

Kopfschütteln herrscht über die Vorgangsweise beim Heliport-Ansuchen, das mangelhaft sein soll. Bei entsprechenden Unterlagen und örtlichen Voraussetzungen sei die Genehmigung für einen Heliport kein Problem, zumal die Be-

hörde ja nicht in den Wettbewerb eingreife, heißt es.

Die Landesregierung wird sich heute bereits mit dem „Plan B“ befassen. Das 2009 in Kraft getretene Rettungsdienstgesetz sieht bereits die Ausschreibung der Flugrettung vor. Sie zählt zu den hoheitlichen Aufgaben, sie kann an Rettungsorganisationen übertragen werden. Der Abschluss von Verträgen hat aber nach Durchführung „eines transparenten, nicht diskriminierenden Verfahrens zu erfolgen, in dem der wirtschaftlich und fachlich am besten geeignete Bieter nach objektiven Kriterien ausgewählt wird“, wie es im Gesetz heißt. (pn)

Mehr im Lokaltel

### Politik in Kürze

## SP bremst, FP tritt aufs Gas, Durnwalder geht

Alles hat einen Anfang und ein Ende. Damit eröffnete Südtirols scheidender LH Luis Durnwalder gestern seinen dreitägigen Abschiedsreigen. Er bedankte und verabschiedete sich bei seinen Spitzenbeamten. Heute leitet der seit 1989 amtierende Landeschef zum 1185. und letzten Mal eine Regierungssitzung, Donnerstag wird der Landtag Arno Kompatscher zu seinem Nachfolger wählen.

Tempo 100 erregt einmal mehr die politischen Gemüter. Während die FPÖ nichts von einer Tempobremse hält, sieht die SPÖ massiven Handlungsbedarf für den 100er und die Wiedereinführung

des sektoralen Lkw-Fahrverbots. „Hier geht es um die Verringerung der Luftschadstoffe und um die Gesundheit der Tiroler“, betont SP-Klubchef Gerhard Reheis. Das Argument vom Kniefall vor Brüssel könne er nicht mehr hören. „Der 100er ist Voraussetzung für das sektorale Fahrverbot“, sagt Reheis.

Für FP-Chef Markus Abwerzger und Klubobmann Rudi Federspiel darf die Tiroler Bevölkerung hingegen nicht mit einem Tempolimit bestraft werden. „Als einzige Partei treten wir für die Beibehaltung von 130 km/h ein, alles andere würde den Wirtschafts- und Tourismusstandort Tirol gefährden.“ (pn)

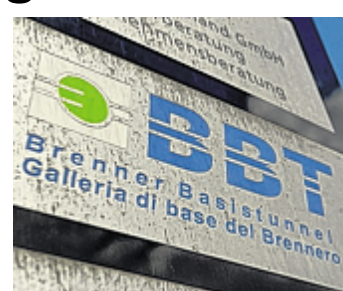


LH Luis Durnwalder verabschiedete sich gestern von seinen Spitzenbeamten, heute leitet er die letzte Regierungssitzung. Foto: Land Südtirol

### Kurzmeldungen

#### Beschwerde abgewiesen

**Innsbruck** – Der Verwaltungsgerichtshof hat eine Beschwerde des Transitforums gegen den im Jahr 2009 ergangenen Umweltverträglichkeitsbescheid des Verkehrsministeriums für den Bau des Brennerbasistunnels abgewiesen. Zweifel an der Verkehrsverlagerung, der Verbesserung der Finanzierbarkeit seien laut Höchstgericht kein Versagungsgrund. (TT)



Das Höchstgericht bestätigte die Umweltverträglichkeitsprüfung für den Brennerbasistunnel. Foto: BöhM

#### Für Gratisfahrt zum Arbeitsplatz

**Innsbruck** – Der Spitzenkandidat der Sozialdemokratischen Gewerkschafter für die AK-Wahl, Günter Mayr, fordert eine kostenlose Fahrt mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zum Arbeitsplatz. „In Tirol müssen Autofahrer für Diesel und Benzin bis zu 15,5 Prozent mehr bezahlen“, betont Mayr. (TT)

#### Skifahrerin stürzte in den Tod

**See** – Tödlicher Unfall im Skigebiet See: Eine Ukrainerin verlor gestern Nachmittag die Kontrolle über ihre Skier und schoss über die Piste hinaus. Nach 30 Metern prallte sie gegen einen Baum, nach weiteren 70 Metern Absturz gegen einen zweiten. Die 38-Jährige erlag im KH Zams ihren Verletzungen. (TT)

#### Mutter stieß ihren Sohn (2) nieder

**Absam** – Eine 32-jährige Absamerin erfasste gestern ihren zweijährigen Sohn mit dem Pkw: Das Kind wurde schwer verletzt und in Begleitung der Mutter im Notarztwagen in die Klinik gebracht. Zu dem Unfall kam es, als die Frau das Auto ihres Mannes umparkte, um ihren eigenen Pkw aus der Garage zu holen. (TT)

#### Bagger bezahlt, aber nicht erhalten

**Silz** – Über eine Internetplattform bestellte ein 23-jähriger Oberländer einen Minibagger bei einem im Ausland lebenden Mann. Der Tiroler überwies auch einen Geldbetrag in vierstelliger Höhe. Doch vom Verkäufer fehlt seitdem jede Spur. Auch der Bagger wurde bislang nicht geliefert. (TT)